

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015|21

25.06.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
BUGA 2031 AM MITTELRHEIN IST SEHR GUTE IDEE	4
POST-BESCHÄFTIGTE DEMONSTRIEREN GEGEN WERKVERTRÄGE	5
DEIN TAG FÜR AFRIKA: SPD-ABGEORDNETE PACKEN MIT AN	6
GROÙE GEFAHR DURCH NEUE SYNTHETISCHE DROGEN	6
ZAHLEN UND FAKTEN	8

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfaktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

kompetent und unkompliziert konnte am Ovalen Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** ein gemeinsames Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht werden, das für die Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit auch für ihre schnelle gesellschaftliche Integration sorgt.

Rot-Grün arbeitet seit Januar erfolgreich den eigenen Maßnahmenkatalog ab, zuletzt wurden die Programme zum Spracherwerb ausgeweitet sowie die frühzeitige systematische Erfassung der Qualifikationspotenziale in den Erstaufnahmeeinrichtungen gestartet.

Vor drei Monaten sind in Rheinland-Pfalz die sogenannten Welcome Center für internationale Fachkräfte gestartet, in dieser Woche konnten wir eine erste Zwischenbilanz der bisher etwa 150 Anfragen ziehen:

- Die Industrie- und Handelskammern bewerten die Welcome Center positiv.
- 60 Prozent der Anfragen kommen von (potenziellen) Fachkräften, 25 Prozent von Unternehmen.
- Die häufigsten Themen sind: Arbeitssuche, berufliche Anerkennung, Einreisebestimmungen und Spracherwerb.
- 80 Prozent der Fachkräfte kommen aus Drittstaaten, die übrigen 20 Prozent aus Europa.

Gut, dass wir mit den Kammern einen so starken Partner an unserer Seite wissen! Ich stimme dem Präsidenten der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz, **Peter Adrian** zu, wenn er sagt, dass die Welcome Center zur Identifikation, Anerkennung und Integration internationaler Fachkräfte beitragen.

In dieser Woche sind außerdem die jeweiligen Landes- und Bundeskolleginnen und -kollegen **unserer Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthaler** und **unseres Innenministers Roger Lewentz** zu Ministerkonferenzen in unserem Land zu Gast.

Es ist gut, wenn die SPD-geführte Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene für die Bürgerinnen und Bürger geltend macht.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



- Die Innenminister aller Länder und der Bundesinnenminister haben sich unter anderem in einer Mainzer Erklärung gemeinsam gegen Antisemitismus ausgesprochen und gleichzeitig den Schutz der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnet.
- Die Gesundheitsministerinnen und -minister haben über Telematik-Modellprojekte diskutiert und beschlossen, diesen Erfahrungsschatz zu nutzen und von zahlreichen Insellösungen hin zu einem einheitlichen Vorgehen aller Länder und dem Bund zu kommen.

Nächste Woche bringt **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** das Landestransparenzgesetz in den Landtag ein. Damit stößt Rot-Grün einen Kulturwandel in Politik und Verwaltung an. Ein spannendes Projekt, das zeigt, dass wir die richtige Antwort für die Zukunft unseres Landes haben und schon jetzt die Weichen richtig stellen.

Ich freue mich auf die Debatte!

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

BUGA 2031 am Mittelrhein ist sehr gute Idee

„Mehr Fördermittel für das Rheintal, eine Aufbruchsstimmung und die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte: Im Mittelrheintal eine Bundesgartenschau zu organisieren, ist in jedem Fall sehr sinnvoll“, sagt **unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen**. So können im Zuge der Buga-Vorbereitungen Tourismus-Orte wie das Loreley-Plateau neugestaltet und wirksame Strategien gegen den Bahnlärm umgesetzt werden. Die Buga im Jahr 2031 und alle vorherigen Planungs- und Vorbereitungsschritte werden sich sicherlich zu einem erfolgreichen Wirtschaftsförderungsprogramm auswachsen. Sehr zielführend ist, dass der Zweckverband Kulturerbe Oberes Mittelrheintal nun einen konkreten Fahrplan erarbeiten möchte, wie deren Vorsitzender, **unser Landrat Frank Puchtler**, in der Rhein-Zeitung ankündigte. Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung werden bei der Erarbeitung und Begleitung der Buga-Pläne als fester Partner an der Seite der Mittelrhein-Kommunen stehen.

Dass nun auch die CDU in Rheinland-Pfalz eine 180-Grad-Wendung vollzogen hat, ist nachvollziehbar. Auf den erstmaligen Buga-Vorschlag von **unserem Innenminister Roger Lewentz** haben die Christdemokraten vor drei Wochen nur mit Spott und Häme reagiert. Von „träume“, „Parallelwelt“ und Verlust der „Bodenhaftung“ war die Rede. Nun nimmt die CDU-Landtagsfraktion offenbar die genau entgegengesetzte Position ein und erklärt: „Eine Bundesgartenschau kann dem Mittelrheintal wichtige Impulse geben.“ Diese Kehrtwende ist zu begrüßen. Im Sinne des Mittelrheintals sollten die Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags nun parteiübergreifend die Pläne zu einer Bundesgartenschau vorantreiben. Wir werden das Thema daher im Landtag nächste Woche beraten.

Im Wortlaut:

Der CDU-Generalsekretär Patrick Schnieder erklärte am 30. Mai zu dem Buga-Vorschlag **unseres Innenministers Roger Lewentz**: "Herr Lewentz träumt von 2031 ... Realität ist das, was passiert, während die SPD in einer Parallelwelt die Bodenhaftung verliert. ... Statt sich mit Fragen der Gegenwart zu beschäftigen, schiebt die SPD Problemlösungen in die Zukunft. Statt heute Verantwortung zu übernehmen, träumt Herr Lewentz lieber von einem Projekt in 16 Jahren, von der Buga im Mittelrheintal.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Josef Bracht, begrüßte nun am 23. Juni den Lewentz-Vorschlag zu einer Buga: „Eine Bundesgartenschau kann dem Mittelrheintal wichtige Impulse geben. Darin liegt ein enormes Potential für die Region, das genutzt werden muss.“

Post-Beschäftigte demonstrieren gegen Werkverträge

Diese Woche haben Beschäftigte der Post AG vor dem rheinland-pfälzischen Landtag gegen Werkverträge und Leiharbeit demonstriert. Derzeit sind bundesweit rund 30.000 Mitarbeiter im unbefristeten Streik. ***Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer*** sprach auf der Kundgebung:

"Was die Post AG im Bereich der Paketzustellung derzeit macht, geht auf keine Kuhhaut. Die schon begonnene Auslagerung von tausenden Arbeitsplätzen ist inakzeptabel. Die Menschen dort erhalten deutlich weniger Lohn und haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Es ist verständlich, dass die Beschäftigten dagegen vorgehen."

Alexander Schweitzer rief das Unternehmen dazu auf, rasch am Verhandlungstisch Platz zu nehmen und gemeinsam mit den Arbeitnehmern *"gute Ergebnisse im Sinne der Beschäftigten"* zu erzielen. *"Das Unternehmen muss zum Haustarif und zur Mitbestimmung zurückkehren. Der Post-Vorstand soll unverzüglich aufhören, das Streikrecht mit Leiharbeit sowie Werkverträgen zu untergraben."*

Auch Politik ist in der Verantwortung: Parteien und Politiker müssten Druck auf den Vorstand der Deutschen Post AG machen. Es darf nicht sein, dass dieses Unternehmen, bei dem der Staat Teilhaber ist, aus tarifvertraglichen Vereinbarungen flieht und die betriebliche Mitbestimmung aushöhlt. Die Bestrebungen bei der Post sind umso unverständlicher, da das Unternehmen Gewinne einstreicht und wirtschaftlich gut dasteht. Davon müssen die Mitarbeiter profitieren. Diese Linie wird die SPD-Landtagsfraktion auch in der Landtagssitzung nächste Woche offensiv vertreten – an der Seite der Beschäftigten.

Dein Tag für Afrika: SPD-Abgeordnete packen mit an

In ganz Deutschland machten sich am Dienstag Schülerinnen und Schüler für gleichaltrige Kinder und Jugendliche in Afrika stark. Bei ihren Jobs erhielten sie Unterstützung von Politikerinnen und Politikern. Mit dabei am „Tag für Afrika“ waren auch zahlreiche SPD-Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion.

Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer half zusammen mit einer Schülerin im Restaurant „Madiba Afrika“ in Mainz aus. Zur „Aktion Tagwerk“ sagte Schweitzer: *„Das Augenmerk der deutschen und europäischen Politik muss viel stärker nach Afrika gerichtet werden. Unser Nachbar-Kontinent braucht mehr Unterstützung und Solidarität, so dass wirtschaftliche Entwicklungen angestoßen werden und sich die Lebenssituation der Menschen verbessert. Ein wichtiger Baustein für dauerhafte Erfolge ist die Bildung: Kinder und Jugendliche in Afrika müssen bessere Lern- und Ausbildungsangebote erhalten. Mit dem Tag für Afrika soll darauf der Blick gelenkt werden.“*

Unsere Ministerpräsidentin und SPD-Abgeordnete Malu Dreyer packte bei der Herstellung und beim Verkauf von Eis in der Eisdiele „N’ Eis – Das Neustadteis“ mit an. ***Unsere Abgeordnete und Finanzministerin Doris Ahnen*** half in den Werkstätten für behinderte Menschen (WFB) in Mainz-Hechtsheim. Unser Abgeordneter ***Marcel Hürter*** war in diesem Jahr bereits zum vierten Mal bei der „Aktion Tagwerk“ dabei, diesmal jobbte er beim Weingut „Josten & Klein“ in Remagen-Kripp.

Große Gefahr durch neue synthetische Drogen

*„Legale Suchtmittel wie Alkohol und Nikotin sowie illegale Drogen wie Heroin, Kokain, Amphetamine und Cannabis sind in Deutschland weiterhin ein großes Problem“, machte unser drogenpolitischer Sprecher, ***Walter Feiniler***, anlässlich des heutigen Internationalen Tags gegen Drogenmissbrauch deutlich. „Die Politik muss sich daher dauerhaft mit der Suchtbekämpfung auseinandersetzen, Gegenstrategien entwickeln und neue Tendenzen beachten. Problematisch sind mittlerweile so genannte „Legal Highs“ (synthetische Cannabinoide), die verstärkt in Deutschland und Rheinland-Pfalz konsumiert werden. Offenbar gerade Jugendliche fühlen sich von diesen gefährlichen Mitteln angezogen. In den vergangenen Monaten sind bundesweit junge Männer und Frauen in lebensbedrohlichem Zustand in Krankenhäuser eingeliefert worden.“*

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Unser justizpolitischer Sprecher **Heiko Sippel** und unser polizeipolitischer Sprecher **Wolfgang Schwarz** ergänzten: „*Es ist an der Zeit, dass der Bund gegen diese wachsende Gefahr vorgeht. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, darf nicht weiterhin auf eine europäische Lösung hoffen und das Problem auf die lange Bank schieben. Ein bundesweites Verbot dieser Drogen muss rasch kommen.*“ Der Internationale Tag gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr wird jährlich am 26. Juni begangen.

ZAHLEN UND FAKTEN

KURZ UND KNAPP: DAS RHEINLAND-PFÄLZISCHE TRANSPARENZGESETZ

Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in ihrer Regierungserklärung im Januar 2013 ein **Transparenzgesetz** angekündigt. Es soll die Demokratie stärken, in dem der Informationszugang für alle erleichtert wird. In einem breiten Beteiligungsprozess wurde nicht nur das Informationsfreiheitsgesetz des Landes weiterentwickelt und mit dem Landesumweltinformationsgesetz verschmolzen, es wird auch ein Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung eingeleitet. Informationen werden künftig auf einer **elektronischen Transparenzplattform** bereitgestellt. Das bisherige Verfahren „Information auf Antrag“ bleibt bestehen. Die Transparenzplattform wird über das am 1. Oktober freigeschaltete Rheinland-Pfalz-Portal **www.portal.rlp.de** erreicht.

WAS WIRD ZUKÜNTIG AUF DER TRANSPARENZ-PLATTFORM VERÖFFENTLICHT?

- **Beschlüsse des Ministerrats** inklusive Erläuterungen – soweit dies für das Verständnis erforderlich ist,
- **Berichte und Mitteilungen der Landesregierung** an den Landtag,
- **Beschlüsse öffentlicher Sitzungen**
- **Inhalte von Verträgen** von allgemeinem öffentlichen Interesse mit einem Auftragswert von mehr als 20.000 Euro
- **Haushalts-, Stellen-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne**,
- **Verwaltungsvorschriften** und **allgemeine Veröffentlichungen**,
- **amtliche Statistiken und Tätigkeitsberichte**,
- **Gutachten und Studien**,
- **Geodaten**,
- **Öffentliche Pläne über landesweite Planungen**,
- **Zuwendungen**
- **Unternehmensdaten** von Beteiligungen des Landes

WAS WIRD NICHT VERÖFFENTLICHT?

Informationen, die den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung betreffen, werden nicht veröffentlicht. Wenn das Bekanntwerden einer Information nachteilige Auswirkungen z. B. auf die öffentliche Sicherheit, die IT-Sicherheit, IT-Infrastruktur oder die wirtschaftlichen Interessen des Landes hätte oder die Veröffentlichung nachteilige Auswirkungen auf die Vertraulichkeit der Beratungen von transparenzpflichtigen Stellen hätte oder wenn das Recht am geistigen Eigentum oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse verletzt oder personenbezogene Daten Dritter offenbart würden, ist die Beeinträchtigung mit dem Informationsinteresse abzuwägen.

WIE FUNKTIONIERTE DAS BETEILIGUNGSVERFAHREN?

Erstmals wurden parallel eine Verbändeanhörung und ein Beteiligungsverfahren mit den vorrangig betroffenen Zielgruppen durchgeführt. Die Eingaben wurden gleichrangig bearbeitet. Ohne den parlamentarischen Beratungen des Landtags vorzugreifen, sollten durch das Beteiligungsverfahren wichtige Impulse, Hinweise und Empfehlungen für den Gesetzentwurf aufgegriffen werden. Es fanden sieben Präsenzveranstaltungen statt. 64 schriftliche Stellungnahmen gingen ein und 162 Teilnehmer registrierten sich auf der Online-Plattform.

WAS WURDE IM BETEILIGUNGSVERFAHREN AUFGEGRIFFEN?

- Konkretisierung der Transparenzpflicht und redaktionelle Überarbeitung
- Regelungsvorbehalt zur Einbeziehung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
- Zuwendungen statt Zuwendungsbescheide
- Access for one = access for all (Daten oder Informationen, die über Antragsverfahren nachgefragt werden, werden regelmäßig über die Transparenz-Plattform zugänglich gemacht, auch ohne Zustimmung des Antragstellers)
- Streichung der Haftungsfreistellung
- Weitere Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten
- Konkretisierung des § 17 – Abwägungsgrundsatz
- Klarstellung des Beginns der Veröffentlichungspflicht (stufenweise Einführung)